

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
02.01.2024
Ausschussbetreuender Fachbereich
Jugend und Soziales
Schriftführung
Miriam Tomechna
Telefon-Nr.
02202-142865

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss
Sitzung am Donnerstag, 23.11.2023

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:05 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 **Vorstellung des Sachgebiets Integration und Sozialräumliche Netzwerke**
0613/2023
- 6 **Neue Zielquoten für die Tagesbetreuung von Kindern**
0612/2023

- 7** Weiterfinanzierung der Mädchenberatungsstelle
0623/2023
- 8** Verlängerung der Kooperationsvereinbarung zur spezialisierten Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Rheinisch-Bergischen Kreis – „MehrBlick“
0630/2023
- 9** Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte Katterbach, Im Scheurenfeld 8, 51467 Bergisch Gladbach
0631/2023
- 10** Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte St. Nikolaus, Kaule 60, 51429 Bergisch Gladbach
0651/2023
- 11** Rücknahme der Konsolidierungsmaßnahme 06.560.23 (Reduzierung der Förderung der Fachberatung der freien Träger von Kindertagesstätten)
0698/2023
- 12** Anträge der Fraktionen
- 13** Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Holz-Schöttler, eröffnet die 14. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der laufenden Wahlperiode und gibt die nicht anwesenden Ausschussmitglieder bekannt.

Entschuldigt fehlen Frau Lehnert (CDU) vertreten durch Herr Cöcü (CDU), Herr Hildner (Träger) vertreten durch Dr. Molitor (Träger), Frau Gresser-Ritter (Träger) vertreten durch Herr Köchling (Träger), Herr Wirth (kath. Kirche) und Frau Bhattacharjee (Integrationsrat) vertreten durch Herr Tollih (Integrationsrat).

Anschließend stellt Frau Holz-Schöttler die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Desweiteren beantragt sie, die Vorlage 0698/2023 als TOP Ö11 (Anlage 3) sowie den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD als TOP Ö12 (Anlage 4) auf die Tagesordnung aufzunehmen. Die Mitglieder beschließen dies einstimmig.

Außerdem weist sie darauf hin, dass die Tischvorlage zu TOP Ö10 (Anlage 2) verteilt wurde.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Frau Holz-Schöttler teilt mit, dass letzte Woche der Tag der offenen Tür an der Berufsschule stattgefunden habe. Die Schulleiterin habe unter anderem erläutert, dass viele Jugendliche es derzeit schwer hätten und auf einen Therapieplatz warten würden.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Hellwig (Verwaltung) teilt mit, dass die Landesministerin am 15.11.2023 einen Brief erlassen habe zur finanziellen Absicherung von Kindertageseinrichtungen. Demnach würde das Ministerium 100 Mio. Euro bereitstellen, welche in Form von Aufschlägen auf die Kindpauschalen an die Träger verteilt würden. Dies solle zur finanziellen Überbrückung der Zeit bis zur Erhöhung der Kindpauschalen ab dem 01.08.2024 dienen.

Desweiteren weist Frau Hellwig darauf hin, dass die Fraktionen CDU, FDP und Freie Wähler zu dem Thema einen Antrag in die nächste Ratssitzung einbringen würden. Die Verwaltung arbeite derzeit noch an ihrer Stellungnahme dazu.

Zum Sachstand des Kita-Ausbauprogramms berichtet Frau Hellwig, dass seit den Grundsatzbeschlüssen für die vier Kindertageseinrichtungen im Rat am 05.09.2023 auf Hochtouren an den Planungen für diese gearbeitet werde. So sei der erste Planungsauftrag für die Kita „Schulstraße“ an die Schulbau GmbH in Auftrag gegeben worden. Als planendes Architekturbüro sei das Büro „Kersten-Kopp Architekten“ aus Berlin gewonnen worden, die bereits in Berlin einen Preis für die Planungen von Modularen Kitabauten erhalten hätten. Das

Planungspendant für den landschaftsarchitektonischen Bereich sei das Büro „Bauchplan“ mit Sitz in Wien, München und Köln. Dieses Büro zeichne sich insbesondere durch klimaangepasste Freianlagenplanung aus.

Zudem habe es am 08.11.2023 einen Workshop mit den Fachberaterinnen der Kindertagesstätten aus dem Jugendamt, Vertreterinnen der Trägerlandschaft der Kindertagesstätten sowie den Planungsbüros gegeben. An diesem Nachmittag sei sich an drei Thementischen zu den Überschriften „Raumanordnung und Gebäude“, „Freianlagenplanung“ sowie „Bespielung der Räume“ konstruktiv und mit großer Begeisterung über die künftigen Gebäude aus Sicht der unterschiedlichen Professionen ausgetauscht worden.

Weitere Themen wie Verkehrs-, Umwelt- und Bodengutachten zu allen Kita Standorten befänden sich in Bearbeitung. Zudem sei seitens der Abteilung „Umweltschutz“ mit der Planung des Abrisses der Unterkünfte an Jakobstraße begonnen worden.

Außerdem weist Frau Hellwig auf die Vorlage zum Stärkungspakt hin, die in der nächsten Sitzung des ASWDG vorgestellt werde.

Desweiteren berichtet sie, dass letzte Woche eine Fachmesse zum Thema Hilfe zur Erziehung in Bergisch Gladbach stattgefunden habe, welche ein großer Erfolg gewesen sei.

Außerdem teilt sie mit, dass aufgrund einer Presseanfrage die Ausschussmitglieder bereits vorab per Email Informationen über die OGS-Zahlen erhalten hätten.

5. Vorstellung des Sachgebiets Integration und Sozialräumliche Netzwerke **0613/2023**

Herr Droege (Verwaltung) erläutert, dass die Vorlage erstellt worden sei, da es viele Nachfragen gegeben habe, welche Aufgaben das Sachgebiet genau hätte.

Er ergänzt, dass in der Vorlage der Ex-Azubi-Treff vergessen wurde, bei dem ehemalige Azubis zukünftige Azubis bei allen möglichen Fragen unterstützen. Außerdem weist er auf die zahlreichen Träger hin, die das Sachgebiet bei ihrer Arbeit unterstützen, von denen einige auch im Jugendhilfeausschuss vertreten sind, wie die Katholische Jugendagentur, die Kreativitätsschule, der GL Service, die evangelische Kirchengemeinde und der Caritasverband.

Herr Paduch (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) möchte zur Schulsozialarbeit wissen, warum laut Vorlage 4,9 Stellen vorhanden, aber nur 4,27 besetzt seien.

Herr Droege antwortet, dass es für die offene Stelle zwar eine Kandidatin gäbe. Jedoch bräuchte diese aufgrund des Fachkräftegebots eine Ausnahmegenehmigung, da sie zwar Psychologin, aber keine Sozialarbeiterin sei. Die Prüfung durch den Kreis und der Bezirksregierung laufe noch. Generell sei auch in der Schulsozialarbeit der Fachkräftemangel ein Problem.

Frau Opiela (CDU) möchte wissen, warum in der Vorlage unter dem Punkt Sozialräumliche Netzwerkarbeit nicht die Kirchen aufgelistet seien, welche sich in dem Bereich sehr engagieren würden.

Herr Droege antwortet, dass die Kirchen in der Tat eine große Unterstützung seien. In der Vorlage seien die Träger nicht einzeln aufgeführt worden, um den Fokus auf die Tätigkeiten zu setzen.

Frau Opiela (CDU) weist darauf hin, dass nicht alle Angebote erfolgreich seien. Beispielsweise werde die Bürgersprechstunde des Integrationsrats nicht gut angenommen. Daher sollten die Angebote regelmäßig überprüft werden.

Herr Bertenrath (Vertreter der Schulen) äußert, dass es in Bergisch Gladbach 34 Schulen gäbe. Die Schulleitungen der weiterführenden Schulen fragen sich, nach welchen Kriterien die Schulsozialarbeit auf nur 10 Schulen verteilt worden seien.

Herr Droege antwortet, dass es derzeit nur 6 Schulen seien. Zum Einen seien die Schulen nach dem Schulindex ausgewählt worden. So hätten die GGS Gronau und die Hauptschule Im Kleefeld den Schulindex 5, die Nelson-Mandela-Gesamtschule und GGS An der Strunde den Schulindex 4. Zum Anderen wurde geschaut, an welchen Schulen bereits gute Strukturen in der Netzwerkarbeit vorhanden seien. So seien die Evangelische Grundschule Bensberg und die KGS Hand ausgewählt worden. Als letztes Kriterium sei bereits vorhandene Schulsozialarbeit gewählt worden, in dem Fall die Realschule Herkenrath. An dieser Schule sei gerade die offene Stelle geplant, da der Arbeitsvertrag der bisherigen Mitarbeiterin aufgrund fehlender Qualifikationen nicht von der Bezirksregierung verlängert wurde. Die Verwaltung habe bei der Bezirksregierung weitere Stellen für die Schulsozialarbeit angefragt, dies sei aber abgelehnt worden.

Herr Dr. Symanzik (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) möchte wissen, wie für die Einrichtungen Werbung gemacht werde, also wie die Bürger von den Angeboten erfahren würden. Außerdem möchte er wissen, welche Integrationskultur die Stadt vertrete.

Herr Droege verweist bzgl. der Integrationskultur auf das Integrationskonzept, welches den Grundsatz enthalte, dass die Stadt Integration als ‚Vielfalt gemeinsam leben‘ verstehe. Bei den meisten Angeboten werde daher versucht, dass sowohl Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung zusammenkommen. In Bezug auf die Werbung sei das bei vielen Einrichtungen nicht notwendig, da diese in ihren Stadtgebieten sehr bekannt seien und keine Probleme beim Zulauf hätten. Darüber hinaus würden die Träger auch Öffentlichkeitsarbeit leisten und beispielsweise Flyer verteilen; dies entscheide aber jeder Träger selbst. Am 04.12.2023 würde eine Trägerkonferenz stattfinden, in der das Thema auch angesprochen werden solle.

6. Neue Zielquoten für die Tagesbetreuung von Kindern *0612/2023*

Frau Liebmann (Verwaltung) teilt mit, dass der Fachabteilung die Zielquote von 102% bei den Ü3-Plätzen wichtig sei als Puffer-Möglichkeit. Zum Einen würden manche Familien auch im Laufe eines Kindergartenjahres einen Platz benötigen und könnten nicht bis zum Beginn am 01.08. warten. Zum Anderen würden manche Träger, sofern Kinder mit Einschränkungen vorhanden sind, die einen höheren Betreuungsaufwand benötigten, von der Platzabsenkung Gebrauch machen, d.h. 1 Kind würde 2 Plätze belegen.

Herr Dr. Symanzik (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) äußert, dass laut Vorlage in 5 Jahren die Zahl der Kinder in Bergisch Gladbach auf einen Zuwachs von 269-372 prognostiziert werde. Er möchte wissen, was die Pläne der Verwaltung dazu seien.

Frau Liebmann (Verwaltung) antwortet, dass die Verwaltung gerade dabei sei, aus der Zahl den tatsächlichen Bedarf an Kita-Plätzen bzw. Ü3-Plätzen zu berechnen. Sie sei auch schon im Gespräch mit den Trägern über den zukünftigen Bedarf. Das Ergebnis werde in der nächsten Sitzung vorgestellt.

Beschluss: (einstimmig)

Für die Jugendhilfeplanung im Bereich der Tagesbetreuung für Kinder werden die Versorgungszielquoten auf folgende Werte festgelegt:

	0 bis u1	1 bis u2	2 bis u3	Ü3
Zielquote für Kindertagesstätte	3,0%	40,0%	78,0%	102,0%
Gemittelt U3 Kita	40,3%			
Zielquote für Kindertagespflege	4,0%	20,0%	20,0%	
Gemittelt U3 KTP	14,7%			
Quote gesamt	7,0%	60,0%	98,0%	102,0%

Die Zielquoten sollen **für das Kindergartenjahr 2025/26** erneut inhaltlich überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Da zum jetzigen Zeitpunkt noch keine ausführliche Auswertung der Ergebnisse der am 23.09.2023 beendeten Elternbefragung vorliegt, können (noch) keine gesicherten Befunde einfließen. Nichtsdestotrotz ist es von dringlicher Notwendigkeit, die Versorgungszielquoten für das kommende zu beplanende Kindergartenjahr 2024/25 anzupassen.

7. **Weiterfinanzierung der Mädchenberatungsstelle**
0623/2023

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Weiterfinanzierung der Mädchenberatungsstelle in Zusammenarbeit mit dem Verein Frauen stärken Frauen e.V. für die Jahre 2024 und 2025 unter Berücksichtigung der entstehenden Mehrkosten in Höhe von 2.278 €.

Da der Beschluss finanzielle Auswirkungen auf Zeiträume hat, für die noch kein rechtskräftiger Haushalt vorliegt, erfolgt der Beschluss vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch den Rat.

8. **Verlängerung der Kooperationsvereinbarung zur spezialisierten Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Rheinisch-Bergischen Kreis – „MehrBlick“**
0630/2023

Herr Blunck (Trägervertreter) und Herr Köchling (Trägervertreter) verlassen aufgrund von Befangenheit den Sitzungsbereich.

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss: (einstimmig)

1. Als Ergebnis der Leistungs- und Finanzierungsverhandlungen wird eine unbefristete Vereinbarung zwischen der Katholischen Erziehungsberatungsstelle e.V., dem Deutschen Kinderschutzbund, allen Jugendhilfeträgern im Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem Kreisgesundheitsamt angestrebt.
2. Da der Beschluss finanzielle Auswirkungen auf Zeiträume hat, für die noch kein rechtskräftiger Haushalt vorliegt, erfolgt der Beschluss vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch den Rat.

3. Die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt sich weiterhin im Rahmen der Wirksamkeitsdialoge an der Leistungs- und Qualitätsentwicklung.

9. Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte Katterbach, Im Scheurenfeld 8, 51467 Bergisch Gladbach
0631/2023

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Dem Caritasverband wird antragsgemäß für die Sanierungsmaßnahme des Daches der Kindertagesstätte „Katterbach“ ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 367.643,24 € (100%) gewährt.

10. Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte St. Nikolaus, Kaule 60, 51429 Bergisch Gladbach
0651/2023

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Dem Kath. Kirchengemeindeverband Bensberg/ Moitzfeld wird antragsgemäß für die Sanierungsmaßnahme des Außengeländes in der Kindertagesstätte „St. Nikolaus“ ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 212.886,85 € (100%) unter der Voraussetzung gewährt, dass die Prüfung durch StadtGrün ergibt, dass die Kosten angemessen sind.

11. Rücknahme der Konsolidierungsmaßnahme 06.560.23 (Reduzierung der Förderung der Fachberatung der freien Träger von Kindertagesstätten)
0698/2023

Frau Hellwig (Verwaltung) berichtet, dass bei der Aufstellung des Haushaltssicherungskonzepts die Konsolidierungsmaßnahme zur Reduzierung der Fachberatung kritisch diskutiert worden sei. Nach Beschluss des Konzepts hätten sich die Träger an die Verwaltung gewandt und die damit einhergehenden Probleme verdeutlicht. Daraufhin habe die Verwaltung eine Möglichkeit gefunden, die durch die Rücknahme der Konsolidierungsmaßnahme entstehenden Kosten an anderer Stelle zu kompensieren. Zum Einen konnte der Kreis dafür gewonnen werden, die Kosten der aufsuchenden Hilfen zu übernehmen. Zum Anderen ergaben die Elternumfragen, dass ein geringeres Interesse an Spielgruppen als früher herrsche, und auch aufgrund des Kita-Ausbauprogramms der Bedarf sinken werde, sodass die Plätze sukzessive abgebaut werden könnten.

Herr Cremer (AfD) äußert seine Bedenken, dass die Kosten lieber an anderer Stelle eingespart werden sollten als bei der Kindertagespflege.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Konsolidierungsmaßnahme 06.560.23 (Reduzierung der Förderung der Fachberatung der freien Träger von Kindertagesstätten) wird zurückgenommen.

Zur Kompensation werden die Konsolidierungsmaßnahmen "Reduzierung des Zuschusses zur Straßensozialarbeit" und "Reduzierung des Betriebskostenzuschusses für die Spielgruppen" entsprechend der Anlage 1 beschlossen."

12. Anträge der Fraktionen

Herr Klaas (SPD) erläutert, die Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD hätten einen Dringlichkeitsantrag zur Sicherstellung der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen gestellt, da kurzfristiger Handlungsbedarf bestehe.

Frau Holz-Schöttler (SPD) beantragt, dass Frau Hänsch - Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Rheinisch-Bergischer-Kreis - ein Rederecht erhält, da sich der Antrag auf einen Brief der Arbeitsgemeinschaft beziehe. Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig zu.

Frau Hänsch erläutert die Inhalte des Briefes (siehe Anlage 5) und erläutert, dass dringender Handlungsbedarf deswegen bestehe, da die Träger bis Oktober diesen Jahres gehofft hatten, dass das Land ein angemessenes Rettungspaket verabschieden würde. Das nun erlassene Rettungspaket von 100 Mio. € sei viel zu gering, da dies im Durchschnitt ca. 11.000 € pro Kita entspräche, während die Lohnkostensteigerungen bei ca. 6.000 € pro Mitarbeiter lägen. Die einzige Möglichkeit für die Kitas, die Kosten aufzufangen, sei nun, die Stunden der Mitarbeiter zu reduzieren oder Mitarbeiter zu entlassen.

Herr Blunck (Träger-Vertreter) möchte wissen, warum das Land sich denn sträube, eine angemessene Refinanzierung zu erlassen.

Frau Hänsch antwortet, dass die Landesregierung der Meinung sei, sie wäre gar nicht an den Tarifverhandlungen beteiligt gewesen, daher auch nicht verantwortlich für den Anstieg der Kosten. Außerdem würde das Land permanent unter dem tatsächlichen Bedarf Mittel in den Haushalt einstellen, so auch für den Haushalt 2024.

Frau von Berg (CDU) schlägt vor, den Antrag auch in den Rat einzubringen, sodass die Resolution nicht nur durch den Bürgermeister, sondern auch durch alle Fraktionen des Rates unterstützt werde.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden **geänderten**

Beschluss: (einstimmig)

Der Jugendhilfeausschuss bittet den Bürgermeister **und den Rat**, auf der Basis des Schreibens der Arbeitsgemeinschaft, zeitnah eine entsprechende Resolution an die Landesregierung zu richten. Ziel der Resolution ist die auskömmliche Finanzierung der betroffenen Einrichtungen. Nur so kann eine ordnungsgemäße Betreuung der Kinder in Bergisch Gladbach gewährleistet werden.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Schäfer (Trägervertreter) äußert, dass die Katholische Jugendagentur eine Anfrage stellen möchte, welche auch von der AWO unterstützt wird. Er bittet die Verwaltung darum, folgende Anfrage bis zur nächsten Sitzung schriftlich zu beantworten:

Zur Absicherung der Angebote und Einrichtungen der freien Träger im Bereich der Offenen Ganztagsbetreuung an Grundschulen, die von der Stadt Bergisch Gladbach gefördert werden, bitten wir den Fachbereich Jugend und Soziales einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Beibehaltung der Angebote im vereinbarten Umfang aufrecht erhalten werden kann. Begründung: Im Zuge der bisherigen und noch ab März 2024 zu erwartenden tariflichen Steigerung der Personalkosten um 11% ist es den freien Trägern der Kinder- und Jugendarbeit nur

dann möglich, das personale Angebot dauerhaft abzusichern, wenn es eine angemessene Refinanzierung durch den öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe gibt. Vor allem dort, wo pauschale Zuschusszahlen für alle Angebote und Einrichtungen der Kinder- und Jugendsozialarbeit erfolgen, und eine Dynamisierung bzw. tarifliche Anpassung der Personalkosten nicht automatisiert erfolgt, muss eine sich an den tatsächlichen Kostensteigerungen orientierende Erhöhung dieser Zuschüsse erfolgen.

Herr Dr. Symanzik (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) richtet seine Frage an die Träger: was könne die Stadt bzw. die Politik tun, damit Beschäftigungsverhältnisse interessant bleiben und werden. Die Vorsitzende Frau Holz-Schöttler schlägt vor, diese Anfrage an die AG Jugendhilfe weiterzugeben.

Die Vorsitzende Frau Holz-Schöttler schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:02 Uhr.

gez. Holz-Schöttler
(Vorsitzende)

gez. Tomechna
(Schriftführung)